

## **EU-Beitritt – alle Probleme gelöst?**

### ***Was hat die Bevölkerung von Riehens Partnerstadt Miercurea Ciuc/Ciskszereda davon?***

#### **Einleitung**

- Als ich für Vortrag angefragt worden bin, habe ich zu bedenken gegeben, dass ich Riehens Partnerstadt selber nicht kenne und deshalb sicher nicht auf das individuelle Leben dort eingehen kann. Glücklicherweise haben Sie ja kompetente Leute vor Ort, wie auch in ihrer Organisation hier in der Schweiz, die Sie auf Grund ihrer laufenden Beobachtungen und Erfahrungen über die Verhältnisse vor Ort unterrichten können. Mit grossem Interesse habe ich einen Bericht von Frau Kedves sowie den Jahresbericht Ihres Präsidenten gelesen – zwei Berichte, die meine Annahmen über die individuellen Schicksale nur bestätigen.
- Ich möchte Ihnen heute Abend hingegen eine weitere Perspektive zu dieser Frage präsentieren, die etwas mehr aus der Sicht der institutionellen Zusammenarbeit ist. Es versteht sich von selbst, dass die Situation der Menschen vor Ort in direktem Zusammenhang mit der strukturierten, organisatorischen, auch sektoriellen Hilfeleistung steht.
- Aber beginnen wir doch mit der politischen Dimension des EU-Beitritts Rumäniens und dessen Gründen, die Einiges zur heutigen Situation aussagen.

#### **Hintergründe des EU-Beitritts Rumäniens**

- Die EU hat innerhalb der letzten 4 Jahre zwei Osterweiterungswellen vollzogen: 10 Staaten per 1.5.2004, Rumänien und Bulgarien per 1.1.2007. Damit ist ein breiter Staatengürtel über Mittel- bis Südosteuropa zum EU-Territorium geworden, der gleichzeitig die westeuropäischen sog. alten Mitgliedstaaten mit dem schon 1981 beigetretenen Griechenland verbindet.
- Über die wahren und eigentlichen Hauptgründe für den zunächst dynamischen Expansionsdrang der EU gehen die Meinungen auch heute auseinander. Einerseits werden sicherheitspolitische Faktoren hervorgehoben (kein schwarzes Loch entstehen zu lassen, wo organisierte Kriminalität und Korruption grassieren), es werden gesellschaftspolitische Faktoren angefügt (Beispiel Arbeitsmigration), immer mehr hört man aber von wirtschaftlichen Gründen, die nur vordergründig auf die Entwicklung der östlichen, örtlichen Wirtschaft abzielen, sich hintergründig aber eher als Stärkung und Expansion der westlichen Wirtschaft entpuppen.
- Im Frühjahr 2005 musste die EU endlich einsehen, dass sie die ganze Erweiterungspolitik viel zu stark auf die Prinzipien und Bedürfnisse der politischen und wirtschaftlichen Eliten abgestützt hatte, jedoch völlig an den Interessen und Meinungen der EU-Bevölkerung vorbeigeplant hatte. In zwei Referenden in

Frankreich und Holland erlitt die geplante EU-Verfassung eine herbe Niederlage, was international in erster Linie als Opposition gegen die EU-Erweiterung interpretiert wurde. Daraufhin musste in der Erweiterungspolitik zumindest ein paar Gänge zurückgeschaltet werden.

- Es ist wichtig, an diese Ereignisse zu erinnern, weil sie massgeblich zu den Rahmenbedingungen des Beitritts Rumäniens beigetragen haben: Während die 4 *Visegrad*-Staaten, 3 Baltikumstaaten, das ex-Jugoslawische Slowenien und die zwei Mittelmeerinseln Malta und Zypern zu diesem Zeitpunkt bereits aufgenommen waren, standen mehrere weitere Kandidaten vor den Toren der EU Schlange. Dazu gehörten und gehören neben Rumänien und Bulgarien etwa auch Kroatien, die Türkei, Albanien und Mazedonien, die alle entweder den Kandidaten-Status bereits erhalten hatten, oder aber in einer der dazu führenden Vorstufen angekommen waren, so etwa der Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der EU.
- Etwas zynisch ausgedrückt waren die Beitrittsverhandlungen mit Rumänien und Bulgarien zu diesem Zeitpunkt des Politiküberdenkens bereits so weit fortgeschritten, dass es nicht mehr möglich war, den Beitritt weiter hinaus zu zögern. Zwar wurde in der EU laut über ein Verschieben auf 1.1.2008 nachgedacht, mit dem Hinweis auf grosse Mängel in der Erreichung des für den Beitritt zu erfüllenden *acquis communautaire*, jedoch war bald klar, dass dies lediglich ein etwas hilfloser Versuch war, die Reformdynamik in den beiden Ländern aufrecht zu erhalten.
- Genau so zynisch kann man heute wohl urteilen, dass sowohl Rumänien als auch Bulgarien die vor Jahren festgeschriebenen so genannten Kopenhagener Kriterien bei weitem nicht erfüllt haben, dass der Beitritt beider Länder jedoch zunehmend zu einer politischen Notwendigkeit der EU geworden war, dass man beiden Ländern zu früh zu viel versprochen hatte, von dem man nun nicht mehr zurückweichen konnte. Die zur Zeit weiteren Verwässerungen der EU-Annäherungskriterien etwa in Bezug auf Serbien zeigen uns, dass es sich dabei nicht um einmalige Verrechnungen der EU gehandelt hatte, sondern insgesamt Ausdruck verschiedener Zielkonflikte, Druckversuchen einzelner Länder (auch ausserhalb der EU) und allgemeiner Hilf- und Orientierungslosigkeit seitens der EU ist.

### **Situation und Folgen nach dem EU-Beitritt**

- Das Verhalten der politischen Elite Rumäniens ist in dieser Situation auch typisch. Das zerstrittene Verhältnis zwischen Präsident Basescu und Premierminister Tariceanu-Popescu wurde möglichst verborgen und die Reformen in ihrer minimalen Notwendigkeit vorangetrieben, bis zum Moment der Verkündung des Beitrittsdatums. Das war der 26. September 2006. Bereits vor dem Beitritt vom Januar 2007 erschienen erste Berichte über das Nachlassen des Reformeifers und den offenen Ausbruch des Streits zwischen Präsident und Regierung. Im April 2007, nach Entlassung des Aussenministers und der wohl ersten wirklich integren Justizministerin, Monica Macovei, sowie nach Absetzung des Präsidenten durch das

Parlament, musste die EU Rumänien ein erstes Mal ermahnen, die Reformen und Anpassungen weiter zu führen, damit die versprochenen Hilfgelder nicht straf-sanktioniert werden müssten. Ohne in die weiteren Abläufe gehen zu müssen, reicht die Bemerkung, dass sich die Situation bis heute kaum verbessert hat.

- Die grossen Hürden, die von der EU jeweils erwähnt werden, liegen im Justizwesen, in der Bekämpfung der Korruption, im konstruktiven Umgang mit politischen Querelen, in der Reform des zu grossen landwirtschaftlichen Sektors, aber auch in der Aufarbeitung der Vergangenheit, vor allem bezüglich der Rolle der *Securitate*, oder in der Pressefreiheit. Weniger laut verkündet, jedoch in der EU ebenfalls erkannt, ist, dass weitere Hilfe wohl in sämtlichen Sektoren nötig bleibt, wo bisher über andere Kanäle jahrelang Hilfe geleistet worden ist. Das umfasst die Umwelt, das Gesundheitswesen, die Arbeitsrechte, die Sozialwerke, usw.
- Klar ist, und darin sind sich wohl alle einig: Rumänien braucht weiterhin Hilfe. Statt auf die verschiedenen Sektoren einzugehen, ist es wohl sinnvoller nachzuprüfen, wie geholfen wird und wo die Probleme in der Hilfe sind.

### **Internationale Entwicklungszusammenarbeit in Rumänien 2008**

- Wenn man sich nun einig ist, dass Rumänien weiterhin Hilfe braucht, wer leistet diese heute, oder anders gefragt: Was hat der Wechsel Rumäniens von einem Transitionland, zu einem EU-Mitgliedstaat in der Organisation der internationalen Entwicklungszusammenarbeit bewirkt?
- Die grössten Änderungen für Rumänien insgesamt sind,
- 1. dass Rumänien mit seinem EU-Beitritt theoretisch über Nacht von einem Empfängerland zu einem Geberland mutiert ist: Rumänien hat tatsächlich beschlossen, finanzielle Hilfe u.a. an Moldawien zukommen zu lassen.
- 2. dass ein Übergang vollzogen werden musste von internationalen Hilfe-Fonds und -Programmen, hin zum rumänischen Strukturfonds – das heisst, dass internationale Entwicklungszusammenarbeit im Allgemeinen über die rumänischen Behörden läuft, die die Verteilung der Gelder und Güter selber an die Hand nehmen müssen, und in Absprache mit der EU einen Katalog von Prioritäten und Strategien entwickeln musste.
- Schauen wir uns die Mechanismen dieses Strukturfonds etwas genauer an: Es gab bessere und schlechtere Vorbilder. Das Schreckgespenst ist, dass die rumänische Regierung möglichst die ganze Verteilung und Umsetzung alleine bewerkstelligen möchte. Polen war hier schlechtes Vorbild – der Strukturfonds war da äusserst ineffizient und die Programme verzögerten sich, weil die Regierung völlig überfordert war. Was wir bisher hören, von den ersten knapp eineinhalb Jahren EU-Mitgliedschaft Rumäniens, ist, dass es Rumänien besser machen möchte. In der Praxis sieht es jedoch so aus, dass bereits die Vorbereitungen dazu um Monate hinter dem Fahrplan nachhinken und lange niemand so recht wusste, wer wofür

zuständig sein würde und wann denn die Ausschreibungen beginnen würden. Nun, die neusten Nachrichten sind, dass die erste Frist für Projekteingaben von Frühjahr auf Spätsommer 2008 verschoben wurden. Als erstes ist im März 2008 der Aufruf zur Eingabe von grossen, strategischen, langfristigen Projekten über mehr als 500'000 Euro pro Projekt erfolgt. Das sind Dimensionen, die weder für unsere Partner des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks, noch für Eure lokalen Partner in Frage kommen können. Ende April sind dann erste Aufrufe für kleinere Projekteingaben in ganz bestimmten Bereichen erfolgt, aber die Eingabefrist läuft bis Ende August. Andere Aufrufe müssen noch folgen. Mit anderen Worten: vor 2009 wird über den Strukturfonds kaum Geld fliessen können.

- Was bedeutet dies? Viele grosse, internationale Geldgeber und Hilfsprogramme haben auf den EU-Beitritt Rumäniens hin ihre Programme drastisch reduziert oder – in den meisten Fällen – auf 2007 hin ganz beendet, wie auch die offizielle Schweiz. Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk, das ich hier vertrete, hatte ein Mandat der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA in Rumänien umgesetzt, das von der DEZA mit allen anderen Programmen zusammen auf Ende 2007 hin beendet wurde. Der andere bekannte Unterstützungsmechanismus der DEZA, der Programmbeitrag, in welchem die DEZA und das SAH jeweils 50% beitragen, war in Rumänien nie anwendbar, und die Art der Projekte und Strategien des SAH erlauben keine 100-prozentige Finanzierung durch SAH-Spenden alleine.
- Die EU hatte Programme in Rumänien vor allem über ihren PHARE-Fonds unterstützt, der auf den EU-Beitritt hin auslaufen und vom Strukturfonds mehr oder weniger abgelöst werden sollte. Obwohl EU-PHARE-Projekte vorläufig notgedrungen teilweise weiterlaufen und verlängert wurden, sind die Gelder stark reduziert, und es gibt keine Kontinuität in Konzepten, Partnerwahl, Projektstrategien. Man kann also allgemein sagen, dass der Rückzug der internationalen Geldgeber und die Verzögerungen in der Umsetzung des Strukturfonds ein grosses Vakuum in Rumänien hinterlassen. Wir lesen in diesen Wochen von geplanten EU-Erweiterungsbeiträgen der Schweiz, über die wir im November 2006 abgestimmt hatten, auch für Rumänien und Bulgarien. Aber auch diese werden frühestens 2010 umgesetzt, also wohl über 2 Jahre, nachdem die letzten von der offiziellen Schweiz finanzierten Projekte in Rumänien beendet wurden. Wie immer trifft ein solches Vakuum in erster Linie die ärmeren, ländlichen Regionen.

### **Konkrete Probleme der Projektpartner**

- Die DEZA hat ihre Hilfe für Rumänien wie gesagt auf 2007 hin abgeschlossen. Als sie dies den Umsetzungspartnern 2005 mitteilte, verlangte sie von ihnen – wie das üblich und auch notwendig ist – den Projekt-Schwerpunkt auf die Nachhaltigkeit der Projekte und lokalen Projektpartner zu legen. Mit anderen Worten: Wir mussten darauf schauen, dass unsere Projektpartner ab 2007 oder 2008 möglichst ohne fremde Finanzierung selber weiter bestehen und ihre Arbeit selbständig ausführen können sollten.

- Das SAH hat in Rumänien seit 1991 Gewerkschaftsprojekte unterstützt, seit 1998 jedoch den Schwerpunkt auf Arbeitsmarktprojekte gelegt. Während der letzten 10 Jahre wurden durch private Arbeitsmarktzentren Arbeitslosen geholfen, eine neue Arbeitsstelle zu finden, mit allen Begleitkursen und Ausbildungen, die bei uns etwa eine Regionale Arbeitsvermittlungsstelle anbietet. Nun sagen Sie mal einem RAV-Büro in der Schweiz, es müsste sich künftig selbständig finanzieren, etwa indem von den Arbeitslosen Geld für die Vermittlung verlangt würde. Das würde selbst bei uns nicht klappen. Es handelte sich also um Subventionsprojekte. Mit anderen Worten: Wenn die Hilfe der Schweizer Regierung aufhört, muss Unterstützung von anderswo herkommen.
- Unsere Projektpartner konnten immerhin ihre Tätigkeiten diversifizieren, und für einzelne Aktivitäten Eigenleistungen über die Klienten aufweisen, etwa für Sprachkurse oder für direkte Jobvermittlung im Auftrag von Grossfirmen. Das entsprach jedoch einem relativ geringen Budgetanteil. Zudem veränderte es das Organisationsprofil aus finanzieller Notwendigkeit, während für die Hauptzielgruppen, etwa bedürftige Arbeitslose, weniger Geld zur Verfügung stand.
- Entsprechend unserer Strategie haben es die meisten unserer Partner geschafft, statt der Schweizer Hilfe ab 2006 oder 2007 EU-PHARE-Teilfinanzierung von Projekten zu erhalten. Diese laufen nun aus, und der Strukturfonds ist nicht bereit zur Umsetzung. Von insgesamt über 40 MitarbeiterInnen in den von uns unterstützten Partnerorganisationen sind als Folge davon heute noch weniger als die Hälfte tätig.
- Das zweite Problem sind die Rahmenbedingungen der Fremdfinanzierung über EU oder Strukturfonds. In vielen Fällen verlangen die Geldgeber eine prozentuale Eigenfinanzierung der Partnerorganisation. Und fast immer muss ein Projekt, für das Unterstützung beantragt wird, bereits laufen und erste Resultate aufweisen, bis der Entscheid des Geldgebers kommt. Das heisst, dass eine substantielle Vorfinanzierung seitens des Umsetzungspartners gewährleistet sein muss. Unsere Projektpartner – fast alle NGOs – konnten *per definitionem* kein Eigenkapital haben. Unsere ehemalige Projektkoordinatorin in Bukarest hat mir diese Woche die Information geschickt, wonach die meisten Strukturfondsprojekte nicht kleiner als 50,000 Euro sein dürfen, mit einer eigenen Vorfinanzierung von 30-50% gerechnet werden muss, und jede sich bewerbende Institution über professionell angestellte und entlohnte Projektmanager, Buchhalter und Juristen verfügen muss! Die Befürchtung, wonach diese Gelder demnach nur für reiche, gut situierte Institutionen und Betriebe in grösseren Städten zugänglich sind, ist berechtigt.
- Die Folgen sind verheerend: Von unseren ehemaligen Partnern ist bereits 4 Monate nach Ende unserer Unterstützung eine Organisation eingegangen, zwei weitere Organisationen stehen kurz vor dem Ende, und diverse andere funktionieren nur noch, weil entweder keine oder nur ganz kleine Löhne ausbezahlt werden. Auch das

kann nicht im Interesse eines Geldgebers sein, aber natürlich wird auf die jeweilige Verantwortung von Vertretern der neuen Finanzierungsstrukturen hingewiesen.

- Zu dieser eigenen Erfahrung kommen diverse andere Argumente hinzu, warum die veränderten Rahmenbedingungen mit dem Strukturfonds grosse Probleme in den Regionen und Sektoren mit sich ziehen.
- 1. Wenn sämtliche namhaften Hilfsgelder über die rumänischen Behörden laufen, bedeutet dies natürlich auch, dass es diese sind, die Prioritäten etwa bezüglich Regionen und Themen zumindest weitgehend setzen können. Konnten sich internationale Hilfswerke bisher auf die Ausfüllung von Nischen konzentrieren, die von EU, USA oder rumänischem Staat nicht berücksichtigt wurden, so können sie dies heute nur tun, wenn sie eigenfinanzierte Projekte anbieten, ohne staatliche (z.B. DEZA-) Unterstützung. Dies sind wenige.
- 2. Der rumänische Staat ist nicht daran interessiert, ein Mikromanagement von Projekten zu betreiben. Dass die Umsetzung der Projekte jedoch genauestens beobachtet wird, ist eine der EU-Verpflichtungen. Dies ist der Hauptgrund, weshalb keine kleinen Projekte für ein paar Tausend Euro, sondern nur grössere Vorhaben unterstützt werden. Kleine NGOs, die z.B. verletzte, ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen in einer bestimmten Region oder Stadt betreuen, haben damit keine Chance an die Töpfe zu kommen. Eine theoretische Möglichkeit, dennoch Unterstützung zu erhalten, gibt es über die Bildung von Allianzen zur Umsetzung von Projekten, dass also NGOs gleichgesinnte andere Organisationen suchen, und Geld wie Umsetzung aufteilen. Gerade die bedürftigsten Menschen in der Gesellschaft verfügen jedoch oft nicht über das entsprechende Lobbying-Netzwerk, das ihnen solche Allianzen ermöglicht, oder sie sind gar nach wie vor in der Gesellschaft soweit ausgegrenzt, dass sie aus ebendiesen Gründen keine mächtigeren Gleichgesinnte und damit keine Unterstützung finden.
- Schliesslich kommen zu all diesen Problemen mit den Hilfsgeldermechanismen noch die anderen Veränderungen mit dem EU-Beitritt und deren Auswirkungen auf die Bevölkerung hinzu: Vor allem in Bukarest, aber auch in allen anderen Regionen Rumäniens, hat der EU-Beitritt zu einem unglaublich starken Preisanstieg, anfänglich von Luxusprodukten, bald aber von allen Lebensgütern eingesetzt. Das Preisniveau ist nicht zuletzt wegen dem Zuzug von Tausenden von EU-Verwaltungsmitarbeitern aus dem ganzen Kontinent stark gestiegen. Die Löhne der lokalen MitarbeiterInnen haben sich diesem Wachstum jedoch nicht angepasst und steigen nur sehr langsam. Die Folge ist klar eine Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, vor allem auf dem Land.
- Mit solchen Entwicklungen ist es natürlich auch nicht möglich, die breite Abwanderung von Arbeiterinnen und Arbeitern in den Westen zu stoppen, die zur Zeit mit Zuwanderungen aus dem Osten, etwa aus der Türkei, aus der Ukraine, Moldawien oder China kompensiert werden.

## Schlusswort

- Dies waren ein paar Ausführungen eher über die institutionelle Entwicklungszusammenarbeit und ihre politischen, wie auch gesellschaftlichen Herausforderungen aus meinen Erfahrungen. Die Schlussfolgerungen für die Situation der lokalen Bevölkerung, der einzelnen Menschen, etwa in Ihrer Partnerstadt, sind nahe liegend. Sie reflektieren die Probleme der institutionellen Zusammenarbeit, und damit eine positive Veränderung im Leben einzelner Menschen stattfinden kann, muss auch die institutionelle Zusammenarbeit klappen. Da die Individuen bekanntlich am Ende der ganzen Folgekette sind, braucht es in der Zwischenzeit individuelle Hilfe, die nur mit engagierter, detaillierter und langfristiger Zusammenarbeit stattfinden kann, so wie dies von Ihrem Verein organisiert wird. Die Art Ihrer Projekte und Aktionen kenne ich aus meiner Zeit als Geschäftsführer des Vereins *Gemeinden Gemeinsam Schweiz* (GGS), wo mit Gemeindeparterschaften inzwischen über länger als 15 Jahre genau so zusammen gearbeitet wird, wie dies *Riehen hilft Rumänien* tut. Geblieben ist mir aus jener Zeit ein immer wieder gehörter Satz von Menschen in Not. „Im Unterschied zu anderen Organisationen zeichnet sich die Hilfe Ihres Vereins durch die langjährige Begleitung unserer Gemeinde aus, sowie durch die persönlichen, regelmässigen Kontakte, statt nur punktuellen Projektfinanzierungen. Wir haben damit das Gefühl erhalten, mit unserem Schicksal nicht allein zu sein und uns über die Probleme mit Euch austauschen zu können.“ Ich bin überzeugt, dass Sie solche ähnliche Sachen auch in Ihrer Partnerstadt gehört haben. Umso mehr wünsche ich Ihnen weiterhin viel Erfolg bei Ihrem Engagement und rufe alle dazu auf, für solche sehr sinnvolle, notwendige, individuelle Hilfe grosszügig zu spenden.
- Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit